

Fritz Soldmann 1878-1945

Vortrag bei der Veranstaltung der Initiative „Denkmal“

11.3.2009

„Soldmann, Fritz, geb. 8.3.1878 Freie und Hansestadt Lübeck, gest. 31.5.1945
Wernrode/Harz
Politiker, Opfer des NS-Regimes“

So lautet die kurze Inschrift auf der Gedenktafel für die ermordeten Reichstagsabgeordneten in Berlin auf dem Platz der Republik. Etwas mehr wissen wir zum Glück schon von Fritz Soldmann, auch wenn in der Zeit der Verfolgung Vieles verloren gegangen ist. Wer war dieser Mann, an den künftig auch ein Denkmal in Schweinfurt erinnern soll?

Vor fast genau 131 Jahren, am 8.3.1878 wurde Fritz Soldmann in Lübeck als zweiter Sohn des Schneiders Karl Soldmann und seiner Frau Dorothea Insten geboren. Sein Vater stammte aus dem Dorf Scheuder im Kreis Dessau, wo die Familie seit Generationen ansässig war als Kleinbauern, die nebenher das Schneiderhandwerk ausübten. Auf der Walz lernte Karl Soldmann in Lübeck Dorothea Insten kennen, die ebenfalls kleinbäuerlicher Herkunft war und ihren holsteinischen Heimatort verlassen hatte, um sich als Dienstmädchen zu verdingen. Mit seinen beiden jüngeren Geschwistern Anna und Karl, sein älterer Bruder Franz war an einer Kinderkrankheit gestorben, verlebte Fritz Soldmann eine glückliche Kindheit, die allerdings mit dem frühen Tod der Mutter 1884 ein jähes Ende fand. Da der Vater die Kinder nicht allein versorgen konnte, wurde Anna zu den Großeltern mütterlicherseits gebracht, während Fritz und Karl zu den Brüdern seines Vaters nach Scheuder kamen. Es folgten harte Jahre für Fritz weil er in der kinderreichen Pflegefamilie vor allem als Arbeitskraft in der Landwirtschaft betrachtet wurde und man auf seine Bedürfnisse wenig Rücksicht nahm – kein seltenes Schicksal von Kindern damals.

Schumacher und Gewerkschafter

Nach dem Ende seiner achtjährigen Volksschulzeit erlernte Fritz Soldmann – abweichend von der Familientradition – das Schumacherhandwerk. Auch verspürte er zumindest in jungen Jahren nicht den Hang zur Sesshaftigkeit, den er in seiner Familie für ziemlich ausgeprägt hielt. Später sollte er wieder ein unstetes Leben führen, dann allerdings gezwungenermaßen.

Doch damals, nach Beendigung der Lehre, begab er sich aus freien Stücken auf ausgedehnte Wanderschaft, die ihn durch zahlreiche deutsche Städte, aber z.B.

auch nach Zürich, Wien und Kopenhagen führte. In diesen Jahren bildete er sich an Volkshochschulen weiter, betätigte sich aber auch im Schuhmacherverband, indem er an der Gründung von Ortsgruppen mitwirkte und Streiks organisierte. Daß manch Arbeitsverhältnis deshalb frühzeitig beendet wurde, beeindruckte ihn offensichtlich nicht. Er wurde vielmehr auch politisch aktiv und trat 1897 in die SPD ein.

1803 kam Fritz Soldmann nach Schweinfurt, wo er Arbeit in der Schuhfabrik Silberstein und Neumann fand. Ein Jahr später heiratete er Anna Wolf aus Weyer. Sie bekamen drei Kinder Agnes, Karl und Fritz, die nach dem sehr frühen Tod ihrer Mutter einige Jahre lang von einer Haushälterin versorgt wurden. Nach seiner Heirat mit Dora Böhm wuchsen die Kinder aus erster Ehe, mit den beiden gemeinsamen Kindern Oskar und Elsa auf. Für den unehelichen Sohn von Dora erstritt Fritz Soldmann die rückständigen Alimente.

Auch in Schweinfurt war Fritz Soldmann im Schuhmacherverband aktiv, der ersten hiesigen gewerkschaftlichen Organisation – wie ja auch die beiden Schuhfabriken die ersten modernen Industriebetriebe am Ort waren - und wurde ehrenamtlicher Vorsitzender des Verbandes. Es war auch ein Verdienst von Fritz Soldmann, daß die Schuhmacher ihre Arbeitsbedingungen verbessern konnten, etwa durch die Reduzierung der Arbeitszeit auf 10 Stunden und einen Anspruch auf – allerdings unbezahlten – Urlaub. Das Beispiel der Schuhmacher machte Schule, denn mit zunehmender Industrialisierung waren in Schweinfurt weitere Gewerkschaften entstanden, die sich im Gewerkschaftskartell zusammenschlossen. Von 1905 bis 1909 war Soldmann dessen ehrenamtlicher Vorsitzender.

Beruflich schlug er jedoch schon bald neue Wege ein. Im Mai 1905 stellte ihn die AOK, die einen rasanten Mitgliederzuwachs verzeichnete, als 2. Kassengehilfen ein. Die Kenntnisse, die er sich bei dort im Umgang mit Behörden, der Bearbeitung von Streitfällen usw. erwarb, kamen ihm sicherlich zugute, als ihm 1914 das neu geschaffene Sekretariat der freien Gewerkschaften in Schweinfurt übertragen wurde. Als Arbeitersekretär – heute heißt es „Gewerkschaftssekretär“ hatte er, wie er schreibt, „alle Gebiete des Arbeitsrechts, der gesamten Sozialversicherung, Mietrecht, sowie die Vertretung bei den zuständigen Gerichten und Ämtern restlos allein zu tätigen“. Ein beachtliches Arbeitspensum, zumal er für den ganzen Bereich Main/Rhön zuständig und viel zu Fuß unterwegs war und das Arbeitersekretariat damals gleichzeitig das SPD-Parteisekretariat der Stadt war. Mit der Ortskrankenkasse blieb er weiterhin verbunden als ehrenamtlicher Vorsitzender.

Unterbrochen wurden diese Tätigkeiten durch den ersten Weltkrieg, an dem Soldmann bis 1917 in einem Infanterieregiment teilnahm. Mit zunehmender Dauer wuchs innerhalb der SPD die Kritik an diesem Krieg. Als Pazifist schloß sich Fritz Soldmann 1917 der neugegründeten Unabhängigen

Sozialdemokratischen Partei (USPD) an, die mit der Unterstützung der deutschen Kriegspolitik nicht einverstanden war und sich deshalb von der Mehrheitspartei trennte.

Revolution in Schweinfurt

Ziel der USPD war es, auf ein möglichst schnelles Ende des Krieges hin zu wirken. Da der Kaiser und die ihn unterstützenden bürgerlichen Parteien völlig realitätsfremd immer noch auf Sieg setzten, schien die Änderung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse dringlich. Für einen langsamen Demokratisierungsprozeß, wie ihn die MSPD in Bayern favorisierte, blieb nach Überzeugung der USPD, die auch in Schweinfurt zunehmend Anhänger gewann, keine Zeit mehr.

Im Anschluß an eine gemeinsame Friedensdemonstration von MSPD, USPD und Gewerkschaften auf der Theresienwiese in München, marschierte Kurt Eisner, der „Kopf“, der Münchner USPD mit seinen Anhängern durch die Kasernen, die sich den Revolutionären kampflos ergaben. Am Abend des 7.11.1918 – also einen Tag vor der Revolution im Reich – rief Kurt Eisner in München die Republik aus: „Bayern ist ein Freistaat!“

Die Nachricht von der Revolution in München verbreitete sich auch in Schweinfurt wie ein Lauffeuer. Es kam zu einer Volksversammlung auf dem Marktplatz, die den nach dem Münchner Vorbild gebildeten Arbeiter- und Soldatenrat unter dem Vorsitz von Fritz Soldmann bestätigte. Vom Rathaus wurde verkündet, dass die Arbeiter und Soldaten nun die Macht übernommen hätten. Unter Jubelrufen ging der Demonstrationzug zum Rossmarkt – dort hielt Fritz Soldmann eine Rede, deren Wortlaut überliefert ist:

„Volksgenossen, Volksgenossinnen!

Große Ereignisse haben sich in den letzten Tagen abgespielt; dank des kräftigen Zugreifens des Proletariats, des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats, hat das deutsche Volk seine Geschicke selbst in die Hand genommen. Reaktionäre Bestrebungen einer bestimmten Klasse haben bereits eingesetzt, um unsere Errungenschaften uns wieder zu entreißen. Schwere Kämpfe wird es uns in den nächsten Tagen kosten, um das bis jetzt Errungene zu halten. Volksgenossen, Volksgenossinnen jetzt gilt es alle Kräfte in Stadt und Land zusammen zu fassen, um die Gegenbestrebungen zu unterdrücken.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat in München hat bereits durchgesetzt, dass die Dynastie Wittelsbach zurückgetreten ist. Wir verlangen aber auch, dass die Hohenzollern und übrigen Dynastien in Deutschland abgesetzt werden. Ferner, dass das Militär auf die Verfassung vereidigt wird, denn es darf nicht

länger einzelnen Machthabern unterstellt sein. Die Zeiten sind vorbei, auf Vater und Mutter zu schießen, wenn es befohlen wurde.

Es ist nachgewiesen, dass die Schuldigen am Ausbruch des Krieges nicht allein in London, Paris, Rom und Petersburg, sondern auch in Berlin zu suchen sind.

(...)

Das Proletariat wird beantragen, dass ein Reichsgerichtshof eingesetzt wird, zur Feststellung und Bestrafung der Schuldigen.

Der Krieg hat es mit sich gebracht, dass viele Millionen unserer Volksgenossen in kühler Erde ruhen. Neuerdings haben es einige ehrgeizige Führer versucht, durch einen Aufruf an das deutsche Volk, den Krieg weiter zu führen und nochmals Hunderttausende zu opfern. Wir haben es deshalb begrüßt, dass die Marinemannschaften in Kiel, Hamburg, Bremen und Lübeck die Sache selbst in die Hand genommen und dem Treiben Einhalt geboten haben. Auch in der Stadt München hat sich wie in den Städten Kiel etc. ein Soldatenrat gebildet, mit dem wir uns solidarisch erklären. Wir haben anschließend auch hier einen Arbeiter- und Soldatenrat gebildet und stellen folgende Forderungen:

Vereidigung der Mannschaft des Soldatenstandes auf die Volksregierung

Einführung des Achtstundentages

Entlassung aller reaktionären Elemente aus den Körperschaften

Einzug und Abhebung der Fideikomnisse und Sonderrechte

Ausbau der Wohlfahrtspflege und Arbeiterversicherungen

überhaupt alle Erleichterungen auf sozialem Gebiet.

Der gebildete Arbeiter- und Soldatenrat tritt nach der Versammlung im Rathaussaal zu einer Sitzung zusammen, um seine gefassten Beschlüsse der hiesigen Behörde zu unterbreiten.“

Der Arbeiter- und Soldatenrat zog anschließend in Begleitung vieler Leute zum Rathaus, wo die rote Fahne gehisst wurde. Soldmann informierte mit einigen Abgeordneten des Arbeiter- und Soldatenrats Bürgermeister Söldner und die Verwaltung, dass die Behörde ihre Arbeit weiterführen solle wie gehabt, aber den Arbeiter- und Soldatenrat über alle wichtigen Maßnahmen zu informieren habe. Dieser sei nun die oberste Instanz in der Stadt. Die angebahnte Demokratisierung solle aber auf gesetzlichem Weg durchgeführt werden

Unter Protest erklärte sich der Magistrat in einer Sondersitzung am Nachmittag einstimmig damit einverstanden, alle wichtigen und wesentlichen Maßnahmen nur im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat durchzuführen. (s.a. SW Tagblatt 13.11.1918)

Erfolgreich waren auch die Verhandlungen mit den örtlichen Betriebsleitungen: Der Achtstundentag und Mindestlöhne wurden eingeführt und eine paritätisch besetzte Kommission zur Schaffung einer Arbeitslosenfürsorge wurde eingesetzt.

Obwohl Fritz Soldmann schon vorher in seiner Partei, aber auch seit 1909 als Stadtverordneter politisch aktiv war, stand für ihn bis zur Revolution wohl doch die Gewerkschaftsarbeit im Vordergrund. Nach dem Krieg nahm er seine Tätigkeit als Arbeitersekretär wieder auf, trat aber nun immer stärker politisch in Erscheinung.

Das hing auch damit zusammen, daß in der Arbeiterstadt Schweinfurt die Sympathien für die Revolution und die sie tragenden Parteien deutlich größer waren als z.B. im eher bürgerlichen München. Dort, wie auch in Bayern insgesamt erlitt die USPD bei den Wahlen 1919 eine verheerende Niederlage. Am 21.2.1919 wurde Ministerpräsident Kurt Eisner auf dem Weg in den Landtag erschossen.

Nach Bekanntwerden der Ermordung Eisners hielt Soldmann am Rückertdenkmal eine Gedenkrede. Es wurden Trauerfeierlichkeiten angeordnet und in den Schweinfurter Großbetrieben wurde nicht gearbeitet. Am 26.2. (dem Tag der Beisetzung Eisners) bewegte sich ein großer Trauerzug zum Marktplatz, wo Eisner als Vorläufer sozialistischer Ideen gewürdigt wurde. Zum Gedenken läuteten alle Schweinfurter Kirchenglocken.

Fritz Soldmann war aber nicht nur in Schweinfurt als Vorsitzender des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrats aktiv, sondern von 1919 bis 1923 auch Landessekretär der USPD und zweiter Vorsitzender der zentralen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Bayerns. Als solcher nahm er an den Verhandlungen in München teil und arbeitete in der „Räterepublik Baiern“, der nur eine kurze Existenz beschieden war, als Volksbeauftragter für Inneres mit.

Da Soldmann seine Schweinfurter Genossen von München aus auf dem Laufenden gehalten hatte, wurde am 7.4.1919 auch in Schweinfurt die Räterepublik ausgerufen. Für 24 Stunden ruhte in allen großen Schweinfurter Betrieben die Arbeit. In einer Solidaritätsadresse nach München wurde die neue Regierung aufgefordert, sich für die Durchführung der Sozialisierung einzusetzen.

Die Mitglieder der Regierung Hoffmann waren jedoch keineswegs gewillt, sich den Räten unterzuordnen und flohen am 7. April nach Bamberg. Aus Berlin forderten sie militärische Unterstützung gegen die Räte an und forcierten die Werbetätigkeit für die Freikorps. Schweinfurter Arbeiter störten am 26. April die Anwerbung von Soldaten für das Würzburger Freikorps und warfen zahlreiche Akten in den Main.

Dies war für die Regierung ein willkommener Vorwand, den Widerstand in Schweinfurt mit Gewalt zu brechen. Am 29.4.1919 besetzten die von der Regierung Hoffmann geschickten Truppen und Freikorps Schweinfurt und riegelten die Stadt hermetisch ab. Das martialische Auftreten der Militärs, die

mehrere Menschen erschossen oder verwundeten und mit einem Angriff auf die ganze Stadt drohten, ließ selbst den Magistrat, der keine großen Sympathien für die Räterepublik hegte, an der Verhältnismäßigkeit der Mittel zweifeln. Um größeres Blutvergießen zu vermeiden, verzichtete der Arbeiter- und Soldatenrat auf Gegenwehr und löste sich auf.

Fritz Soldmann war bereits am 13. April von den Putschisten der „Republikanischen Schutztruppe“ in München festgenommen und erst in Landau, dann in Ebrach inhaftiert worden. Er wurde wegen Hochverrat und Landfriedensbruch angeklagt, dann aber doch freigesprochen. Erich Mühsam, dessen Soldatenlied wir vorhin gehört haben und der zu den Mitangeklagten gehörte wurde zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt. Nach seiner Entlassung im Juli 1919 kehrte Fritz Soldmann nach Schweinfurt zurück. Er setzte sich für die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien ein, die 1923 erfolgte, nachdem ein Teil der USPD zur KPD abgewandert war.

Weimarer Republik

Auch in der Folgezeit beschränkte sich Fritz Soldmanns Arbeit selten nur auf Schweinfurt. Von 1919-1924 war er ehrenamtlicher dritter Bürgermeister; dem Stadtrat gehörte er ununterbrochen bis 1933 an. Von 1920-24 und dann wieder von 1932-33 vertrat er außerdem den Wahlkreis Schweinfurt als Abgeordneter im Reichstag.

Immer nahm er die aus seinen Mandaten erwachsenden Verpflichtungen ernst, wie seine Tätigkeit in Ausschüssen und zahlreiche von ihm eingebrachte Anträge zeigen, die auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen vor allem der Arbeiter und ihrer Familien zielten.

Für seine eigene Familie blieb ihm dabei wenig Zeit. Wenn er mal freie Wochenenden hatte, verbrachte er sie gerne mit seiner Familie im Kloster Kreuzberg oder sie unternahm Wanderungen. Auch zum Lesen nahm sich Fritz Soldmann immer mal wieder Zeit. Er besaß eine recht umfangreiche Bibliothek, für die 1962 ein Wiederbeschaffungswert von annähernd 5.000 Mark veranschlagt wurde. Sie umfasste nicht nur Fachliteratur für den Politiker und Gewerkschafter, sondern z.B. auch Werke von Schiller, Heine, Brecht, Bloch, Kästner, die „Weltbühne“ und Karl Barths Kirchliche Dogmatik.

Die meiste Zeit aber war Soldmann unterwegs, in Schweinfurt und Umgebung und in Berlin, immer in unermüdlichem Einsatz für die Sache der Republik.

Denn diese sah er, vor allem in Bayern, massiv bedroht. In einer Rede vor dem Reichstag im Januar 1921 bezeichnete er Bayern als „das reaktionärste Land

innerhalb der deutschen Staatengemeinschaft“ Denn dort gelte immer noch der zu Kriegsbeginn ausgerufenen und im April 1919 verschärfte Belagerungszustand, der mit Einschränkungen der Versammlungs- und der Pressefreiheit verbunden sei und Schnellverfahren durch Volksgerichte ohne weitere Instanz zulasse. Die Regierung Kahr halte mit fadenscheinigen Argumenten an diesem verfassungswidrigen Zustand fest, weil sie zutiefst antidemokratisch sei und die Zustände vor der Revolution wiederherstellen wolle.

„In Bayern besteht der Belagerungszustand als bis ins kleinste ausgeklügelte Klassendiktatur der besitzenden Klassen. Diese Klasse hat unter Verhöhnung von Recht und Gesetz und mit frommem Augenaufschlag, Demokratie heuchelnd, den ganzen mächtigen Apparat der Orgesch, der Technischen Nothilfe, der Freiwilligenverbände und der Klassenjustiz mit Geldern der Großindustrie und der Banken sich unterworfen und wendet ihn tagtäglich in brutalster Weise an. Man demonstriert so klassisch der Arbeiterschaft, daß Freiheit und Demokratie Humbug sind und nur eine eiserne Diktatur ein in sich völlig faules und morsches System noch bis aus weiteres vor dem völligen Zusammenbruch retten kann. Reichregierung und Reichstag sind es ihrer Ehre schuldig, diesen unhaltbaren, Recht und Sitte widersprechenden Ausnahmezustand zu beseitigen, wenn sie nicht als mitschuldig an diesem ungesetzlichen, in nichts begründeten Ausnahmerecht bezeichnet werden wollen.“

Hier zeigt sich: Fritz Soldmann hatte das Kalkül der Reaktionäre völlig durchschaut. Doch sein eindringlicher Appell beeindruckte die bürgerliche Mehrheit der im Reichstag nicht. Sie lehnte es damals ab, Bayern zur Aufhebung des Ausnahmezustands zu zwingen.

Als einen Monat später im Reichstag über die Entwaffnung debattiert wurde, warnte Soldmann erneut vor der von der Haltung der bayerischen Regierung ausgehenden Gefahr für die Demokratie.

Dies tat er auch im Juni 1921 in Schweinfurt, wo nach Bekanntwerden der Ermordung des Vorsitzenden der USPD-Landtagsfraktion Karl Gareis an einer Versammlung auf dem Rossmarkt etwa 1200 Menschen teilnahmen. Soldmann, der vom Fenster des Saales des Hotels Vier Jahreszeiten zu der Menge redete, sah in diesem Attentat ein weiteres Indiz dafür, wie berechtigt seine Befürchtungen waren. Der Mord an Gareis sei von langer Hand vorbereitet worden durch die bayerische Mörderpropaganda, die von Regierung Kahr-Pöser-Roth geduldet werde und deren Hintermänner die Hauptschuldigen seien. Schuld hätte aber auch die deutschvölkische Presse, die unverhohlen zum Mord aufrief. Bei der Revolution sei keinem von den Gegnern ein Haar gekrümmt worden, denn die Sozialisten verabscheuten Mord. Nun aber müssten sich die Arbeiter wehren. Bayern sei die Zentrale der Reaktionäre, nur dort herrschten noch Ausnahmezustand und Volksgerichte. Der Mörder sei unter den

deutschvölkischen Kreisen in München zu suchen; er werde aber wohl nicht gefasst, wie üblich, wenn es um die Ermordung von Arbeiterführern ginge. Soldmann warnte vor der Gefahr eines Bürgerkrieges, wenn Regierung nicht umkehre.

Die Versammlung verabschiedete eine Resolution, in der es hieß: „...Die Regierung wird insoweit als die intellektuelle Urheberin des Mordes an Gareis seitens der Arbeiterschaft betrachtet, als sie nichts unternahm gegen jene Blätter, die zu offener Gewalttat und Mord aufforderten, gegen Juden und Sozialisten. Die Versammlung betrachtet die derzeitige bayerische Regierung als eine innen- und außenpolitische Gefahr. Sie fordert neben der Aufhebung des unwürdigen Belagerungszustandes Herstellung verfassungsmässiger Zustände, volle Versammlungsfreiheit, Aufhebung der ungesetzlichen Volksgerichte und Freilassung der politischen Gefangenen, letzteres um deswillen, weil die Kapp-Verbrecher und sonstigen Reaktionäre nicht einmal zur Verantwortung gezogen werden...“

Immerhin wurde nun die Orgesch, der Zusammenschluß der Einwohnerwehren von der neuen Reichsregierung im ganzen Reich aufgelöst.

Die Regierung von Unterfranken kritisierte den Magistrat, weil er die Versammlung nicht verboten hatte. Bürgermeister Merkle wies diese Kritik jedoch zurück. Übrigens veranstaltete die Stadt Schweinfurt, anders als die Regierungsbehörden von 1923 bis 1931 jedes Jahr am 11. August eine Verfassungsfeier, bei der die Bedeutung der Weimarer Verfassung gewürdigt wurde.

Doch auch in Schweinfurt tauchten schon in den frühen 20er Jahren die ersten Nazis auf. Bei einer Versammlung im Saalbau im Jahre 1923 warnten Soldmann und der Berliner Reichstagsabgeordnete Künstler vor den Hakenkreuzlern, die in Bayern ungestört ihre Tätigkeit ausüben könnten; deren Endziel sei die Beseitigung der Republik und die Aufrichtung einer Monarchie unter der Diktatur des „deutschen“ Mussolini Hitler.

Zum Schutz vor dem aufkeimenden Nationalsozialismus organisierten sich 1924 auch in Schweinfurt Sozialdemokraten, Liberale und Bürgerliche im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Gegner des Nationalsozialismus

Von Anfang an war Fritz Soldmann ein erklärter Gegner der Nazis. Auch als sie immer mehr Zulauf fanden, hielt er nach Kräften dagegen, nicht nur in Schweinfurt, sondern auch andernorts z.B. als Redner bei Veranstaltungen der „Eisernen Front“, die Anfang 1932 auf Initiative von SPD und Gewerkschaften als antifaschistischer Zusammenschluß verschiedener Organisationen gegründet worden war. Doch auch sie konnte mit Aufklärungsveranstaltungen über das

Wesen des Nationalsozialismus und zahlreichen Kundgebungen den Vormarsch der Nazis nicht aufhalten.

Während die SPD bei der Landtagswahl 1932 noch stärkste Partei in der Stadt wurde (7043 Stimmen, NSDAP 6613), fiel sie bei der Reichstagswahl März 1933 hinter NSDAP zurück. Immerhin wurde aber Fritz Soldmann als Reichstagsabgeordneter wiedergewählt.

Einen Vorgeschmack dessen, was mit der Machtergreifung der Nazis auf sie zu kam erhielten die Schweinfurter schon am Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933. Uniformierte völkische Truppen provozierten Schlägereien und verletzten drei Männer, einen von ihnen lebensgefährlich.

Im Februar 1933 rief Eiserne Front noch einmal zu einer Demonstration gegen den Faschismus auf; auch diesmal war Soldmann der Hauptredner.

Doch mit lokalen Aktionen ließen sich die Nationalsozialisten nun weniger denn je von der Macht fern halten. Nach dem Reichstagsbrand Ende Februar 1933 wurden durch die Verhängung des Ausnahmezustands Grundrechte außer Kraft gesetzt. Ihr Ziel erreicht hatte die NSDAP mit der Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetzes“ im März 1933, dem sich im Reichstag nur die SPD-Abgeordneten, darunter auch Fritz Soldmann, widersetzen – ihre kommunistischen Kollegen waren bereits verhaftet.

Nun hinderte nichts mehr die nationalsozialistische Willkürherrschaft. Dies bekamen auch die Schweinfurter Gegner der Nazis umgehend zu spüren.

Gleichzeitig mit der Auflösung der bayerischen Regierung durch die Nationalsozialisten am 9. März 1933 vollzog sich die Machtergreifung auf lokaler Ebene; auch in Schweinfurt begannen die Verhaftungen der politischen Gegner. Doch während Oberbürgermeister Benno Merkle und andere sozialdemokratische Stadträte nach einigen Wochen Haft wieder entlassen wurden, war für Fritz Soldmann die Schutzhaft im Gerichtsgefängnis Schweinfurt vom 9.3. bis 1.5.1933 nur der Beginn einer Vielzahl von Gefängnis- und KZ-Aufenthalten.

Schon damals verlor er seine Beschäftigung als Arbeitersekretär, seine Mandate als Abgeordneter und Stadtrat, sowie seine Ehrenämter. Wiederholt war er das Opfer von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Druckwerken. Bereits am 1.6.1933 wurde er erneut inhaftiert. Nach einigen Wochen im hiesigen Gefängnis wurde er ins Konzentrationslager Dachau überführt, wo er sich bis 24.8.1934 in „Schutzhaft“ befand. Dort legte er im Büro des Lagerarztes eine umfangreiche Patientenkartei an. Mit seiner Familie hielt er brieflichen

Kontakt – laut Lagerordnung durften die KZ-Häftlinge pro Woche einen Brief oder eine Karte von ihren Angehörigen empfangen.

Inzwischen war am 22. Juni 1933 auch ein faktisches Verbot der SPD ergangen.

Das kam nicht von ungefähr.

In der Weimarer Republik hatte die SPD zu den die Republik tragenden Parteien gehört; sie war, wie auch am Beispiel Soldmanns zu sehen ist, wesentlich an der Entstehung der Demokratie und der Etablierung der Verfassung beteiligt. Die SPD zählte damals mehr als 1 Million Mitglieder. Hinzu kamen ihr nahestehende Organisationen, so dass sie strukturell als Massenpartei in der Weimarer Demokratie verwurzelt war.

„Ihr Verbot, ihre Zerschlagung und Auflösung bildete deshalb für die nationalsozialistische Führung eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Errichtung und Festigung ihrer eigenen Herrschaft.“ (Röll, S. 19)

Fritz Soldmann bekam auch in der Folgezeit ständig zu merken, wie unerbittlich die Nazis dieses Ziel verfolgten.

Nach seiner Entlassung aus Dachau Ende August 1934 forderte die Gestapo ihn auf mit seiner Familie Schweinfurt zu verlassen und sich außerhalb Bayerns niederzulassen. Er übersiedelte, weiterhin ständig polizeilich überwacht, nach Magdeburg, später nach Berlin, dann nach Erfurt. Ende 1935 kehrte er wieder nach Schweinfurt zurück. Den Lebensunterhalt für seine Familie verdiente er in dieser Zeit als Vertreter für Tabakwaren, da er keinerlei Rente oder Pension erhielt. Den Nazis erschien diese Tätigkeit höchst verdächtig, da sie Soldmann als politisch unzuverlässig einstufte. Zwar konnten sie ihm, wie es in einem Fernschreiben an die Gestapo vom 9.9.1936 heißt, bis dahin keine illegalen Handlungen nachweisen. „Doch steht fest, dass er seine ehemaligen Gesinnungsgenossen immer wieder aufsucht und auch mit diesen öfters Verkehr pflegt. Bei den wiederholten Vernehmungen gab er an, dass er bei diesen Personen nur Bestellungen auf Zigarren aufsuche, bzw. sich von diesen Leuten in Geschäften und Wirtschaften empfehlen lasse.“

Die Nationalsozialisten hatten allen Grund, Soldmann zu misstrauen, denn er blieb seinen Idealen treu, auch wenn er sich nicht am aktiven Widerstand beteiligte.

Es bedeutete aber sehr viel, sich im totalitären Staat den Ansprüchen des Regimes soweit als möglich zu verweigern, anders zu denken.

Oppositionshaltung, Unverführbarkeit, und Rückzug ins Milieu waren die Art und Weise in der Soldmann, wie viele andere Sozialdemokraten, dem NS-Regime hinhaltenden Widerstand leistete.

Diesen Widerstand suchten die Nazis zu brechen. Ende November 1936 wurde Soldmann erneut verhaftet. Weil er sich in einem Gespräch mit einigen Soldaten nach deren Ausrüstung erkundigt habe, wurde er vor dem Sondergericht Bamberg wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung und Wehrkraftzersetzung angeklagt, jedoch mangels Beweisen freigesprochen. Dennoch musste er bis April 1937 in Schutzhaft bleiben. Nach seiner Entlassung entzog man ihm den Gewerbeschein, so dass er nicht mehr im Tabakhandel tätig sein konnte. Eine Stellung in der Strohhalbfabrik bei Gemünden – die Gestapo in Aschaffenburg wurde umgehend informiert, dass Soldmann „trotz seines Alters ein äußerst gefährlicher Staatsgegner“ sei – mußte er nach kurzer Zeit wieder aufgeben. Da er keinerlei staatliche Unterstützung erhielt, war er nun auf Zuwendungen von seinen mittlerweile erwachsenen Kindern angewiesen. Vermutlich machte ihm auch schon seine Gesundheit zu schaffen, denn nach Gestapoberichten war er seit März 1938 krank.

Im August 1938 erfaßte die Gestapo ihn in der sogenannten A-Kartei (Gruppe 2, Sparte Marxisten), d.h. er gehörte zu den Menschen, die im Falle des Kriegsausbruchs sofort zu verhaften waren. „Bei Soldmann war bis jetzt eine Gesinnungsänderung nicht feststellbar. Er hat einen großen Bekanntenkreis und ein Teil seiner ehemaligen Anhänger ist ihm heute noch gut gesinnt. Soldmann ist vielmehr ein überzeugter Gegner des nat. soz. Staates. Bei ihm ist mit hoher Sicherheit anzunehmen, dass er sich im A-Falle sofort gegen den Staat stellen wird.“ (Gestapobericht vom 7.9.1938).

Die Aufnahme in die A-Kartei führte dazu, dass Soldmann bei Kriegsausbruch Ende August 1939 sofort wieder festgenommen wurde. Da er zu seiner Familie nach Wernrode bei Nordhausen a. Harz gezogen war, wurde er nach der Festnahme zuerst ins Nordhausener Polizeigefängnis eingeliefert, bevor man ihn am 2. November ins Konzentrationslager Sachsenhausen brachte. Weil sein Sohn Karl in Schweinfurt bei einem Verkehrsunfall schwer verunglückt war, erhielt Fritz Soldmann im Januar 1940 14 Tage Sonderurlaub, um seinen Sohn zu besuchen. Im Februar wurde er aus dem KZ entlassen und konnte wieder zu seiner Familie zurückkehren.

Wegen der ersten Kriegserfolge schätzte das NS-Regime die Gefahr politischer Unruhen wohl nicht mehr so hoch ein.

Doch der Leidensweg von Fritz Soldmann hatte damit noch kein Ende. Denn nach dem missglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 nahm die Gestapo nicht nur die an dem Anschlag Beteiligten und deren Angehörige fest (Sippenhaft), sondern führte auch eine zweite große Verhaftungsaktion durch, die sich vor allem gegen Sozialdemokraten richtete. Im Zuge dieser Aktion wurde auch Fritz Soldmann wieder gefangen genommen und vom 17.9.-25.9.44 im Polizeigefängnis Nordhausen, vom 26.9.-12.10.1944 im Gestapogefängnis

Erfurt inhaftiert. Von dort wurde er Mitte Oktober 1944 ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht.

Das KZ Buchenwald bei Weimar war 1937 als eines der drei großen Konzentrationslager errichtet worden. Dort wurden viele politische Gefangene untergebracht. Fritz Soldmann war einer von mehr als 82.000 Häftlingen, darunter 7 ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, die in dieser Zeit im KZ Buchenwald interniert waren. Er wurde zuerst zur Quarantäne ins Kleine Lager, Block 62 gebracht. Die katastrophalen Zustände dort hinsichtlich Unterbringung, Ernährung und Hygiene führten bei den Insassen vielfach zu Krankheiten und Epidemien. Davon wurde offensichtlich auch Fritz Soldmann betroffen, denn er wurde für einige Zeit in den Block 61 eingewiesen, der für kranke Häftlinge des Kleinen Lagers bestimmt war und dann ins Große Lager überführt. Vermutlich haben politische Häftlinge, die in der Lagerleitung tätig waren, bei dieser Verlegung mitgewirkt. Denn dadurch verbesserten sich Soldmanns Überlebenschancen: „Erstens verhinderte sie den Transport in ein Außenkommando, und zweitens war er in einem Block mit deutschen Politischen untergebracht, die als sogenannte „Rückfällige“ größtenteils langjährige Erfahrungen im Umgang mit dem Lageralltag besaßen.“ (Röll, S. 188). Aufgrund seiner mehrmaligen Inhaftierung gehörte Fritz Soldmann ebenfalls zu dieser Gruppe.

In handgeschriebenen Aufzeichnungen vom April 1945 beschrieb Fritz Soldmann die Stimmung in der Zeit kurz vor der Befreiung des Lagers. Er schilderte „die nervöse Spannung der Häftlinge in Erwartung der US-Truppen, die Situation, als Häftlingstransporte aus den Außenkommandos in das Stammlager zurückfluteten, die Versuche zur Verzögerung der Evakuierung insbesondere der jüdischen Häftlinge und schließlich die letzten Stunden vor dem Eintreffen der Amerikaner.“ (Röll, S. 188)

Sein Resümee lautete:

„Die Naziherrschaft & der SS-Terror in Buchenwald haben ihr Ende erreicht. Alles atmet freier auf. Jeder weiß, daß er noch Tage oder Wochen hier bleiben wird, aber das wird trotz Stacheldraht & Lagerumzäunung nicht mehr als eine Beraubung der Freiheit empfunden. Buchenwald im schlimmen Sinne ist nicht mehr, die Amerikaner mussten die Freiheit bringen, wozu die deutsche Arbeiterklasse in absehbarer Zeit wohl nicht in der Lage gewesen wäre!“

Diese Erkenntnis war sicherlich richtig. Sie war aber für Fritz Soldmann wohl auch bitter, denn sie implizierte, dass ein großer Teil der Arbeiterklasse, für deren Wohl er sich unermüdlich eingesetzt hatte, den Verführungen der NS-Ideologie erlegen war.

Am 11.4.1945 wurden die damals noch 21.000 Gefangenen im KZ Buchenwald, darunter fast 1000 Kinder von den Amerikanern befreit. Der 67jährige Fritz Soldmann war körperlich so sehr geschwächt, daß die Amerikaner ihn sofort in das von ihnen eingerichtete Hospital in Buchenwald verlegten.

Soldmann gehörte jedoch zu den Mitunterzeichnern des Buchenwalder Manifests der demokratischen Sozialisten.

Auf Initiative von Hermann Brill, einem ehemaligen Thüringer Landtagsabgeordneten der SPD, erarbeiteten einige Tage nach der Befreiung deutsche und österreichische Sozialdemokraten und Sozialisten, alle ehemalige KZ-Insassen, programmatische Grundsätze für die künftige Entwicklung Deutschlands:

„Für Freiheit, Frieden, Sozialismus! Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald.

Im Augenblick ihrer Befreiung aus der bestialischen Gefangenschaft der nazistischen Diktatur empfinden es die im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald versammelten Vertreter des demokratischen Sozialismus aus Berlin, Brandenburg, Mitteldeutschland, Sachsen, Thüringen, Anhalt, Hannover, Braunschweig, Westfalen, Rheinland, Saarland, Bayern und Österreich als ihre Pflicht, in Anwesenheit der legitimierten Vertreter und Beauftragten der französischen, belgischen, niederländischen, tschechischen und polnischen Sozialisten sowie der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakischen Republik folgendes zu erklären:

Wir haben Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslager ertragen, weil wir glaubten, auch unter der Diktatur für die Gedanken und Ziele des Sozialismus und für die Erhaltung des Friedens arbeiten zu müssen. In Zuchthaus und Konzentrationslager setzten wir trotz täglicher Bedrohung mit einem elenden Tode unsere konspirative Tätigkeit fort. Durch diesen Kampf ist es uns vergönnt gewesen, menschliche, moralische und geistige Erfahrungen zu sammeln, wie sie in normalen Lebensformen unmöglich sind. Vor dem Schattengesicht der Blutzügel unserer Weltanschauung, die durch die hitlerischen Henker gestorben sind, wie auch in der besonderen Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder halten wir uns deshalb für berechtigt und verpflichtet, dem deutschen Volk zu sagen, welche Maßnahmen notwendig sind, um Deutschland aus diesem geschichtlich beispiellosen Zusammenbruch zu retten und ihm wieder Achtung und Vertrauen im Rate der Nationen zu verschaffen.“

Gefordert werden im Folgenden die Vernichtung des Faschismus, der Aufbau einer Volksrepublik unter Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten, die Befreiung der Arbeit von Ausbeutung und Entrechtung und eine an den Bedürfnissen der Arbeiterschaft ausgerichtete Sozialpolitik, die Wiederherstellung von Frieden und Recht unter Anerkennung der schuldrechtlichen Verpflichtung zur Wiedergutmachung, Humanität und sozialistische Einheit.

Zu den 42 Sozialisten, die das Manifest unterzeichneten, gehörte, wie gesagt, trotz seiner Krankheit auch Fritz Soldmann. Nach fünf Wochen, am 17.5.1945 wurde er aus dem Hospital entlassen, ohne dass sich sein Gesundheitszustand wesentlich gebessert hatte. Er kehrte zu seiner Familie nach Wernrode zurück. Seine Parteifreunde, die ihn nach Schweinfurt zurückholen wollten, damit er hier erster Bürgermeister werden sollte, kamen zu spät. Denn schon zwei Wochen nach seiner Entlassung, am 31. Mai 1945, starb Fritz Soldmann an den Folgen der KZ-Haft.

Seine Urne wurde am 10.8.1948 nach Schweinfurt, seiner langjährigen gewerkschaftlichen und politischen Wirkungsstätte überführt und unter großer Anteilnahme aus allen Bevölkerungskreisen auf dem städtischen Friedhof beigesetzt. Die Stadt ehrte ihn dadurch, dass eine Straße nach ihm benannt wurde.

Eine Bronzestatue, die von seinem Sohn Oskar Soldmann in Auftrag gegeben wurde erinnert im Schweinfurter Gewerkschaftshaus bis heute an Fritz Soldmanns gewerkschaftliches Engagement.

2005 hat der DGB Region Main-Rhön/Schweinfurt erstmals die „Fritz-Soldmann-Urkunde“ überreicht, mit der Menschen geehrt werden, die sich für sozial Schwächere, für soziale Gerechtigkeit und gegen den herrschenden Zeitgeist eingesetzt haben.

Fritz Soldmann ist wirklich aller Ehren wert. Denn er war und ist nicht nur einer der Gründer und herausragenden Gestalten in der Geschichte der Schweinfurter Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Er hat sich tatkräftig für die Verwirklichung der Demokratie, von Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden eingesetzt. Und er ist diesen Idealen treu geblieben, auch in der Zeit, als dies nicht mehr nur nicht opportun, sondern lebensgefährlich war.

Im Buchenwalder Manifest heißt es in Bezug auf den neu zu errichtenden freien und humanen Staat in Deutschland:

„Dazu brauchen wir einen neuen Geist. Er soll verkörpert werden durch den neuen Typ des deutschen Europäers. Uns kann niemand umerziehen, wenn wir es nicht in Freiheit selbst tun.“

Das klingt auch heute noch weitgehend wie Zukunftsmusik, sowohl was Europa angeht, als auch was den Bildungsbegriff betrifft.

Wir würdigen das Andenken Fritz Soldmanns am besten dadurch, dass wir in seinem Sinne weiterarbeiten zum Wohle der Menschen und der Demokratie. Vielen Dank.